

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 20. September 2017

Bundesrechnungsabschluss 2016 [\(1768 d.B.\)](#)

Der Bundesrechnungsabschluss 2016 steht im Zeichen der von der SPÖ durchgesetzten Steuerreform. So lag die Abgabenquote (in % BIP) 2015 bei 43,8% und sank infolge der Steuerreform 2016 auf 42,7%. Die Staatseinnahmenquote sank 2016 von 50,6% auf 49,5% des BIP, die Staatsausgabenquote von 51,7% auf 51,1%. Die aktuell sehr guten Wirtschaftsprognosen bestätigen auch die positive Wirkung der Steuerreform für höhere verfügbare Einkommen sowie eine Steigerung des privaten Konsums und der Investitionen von Unternehmen.

Änderungen beim Einkommenssteuergesetz u.a. [\(1769 d.B.\)](#)

Mit Novellen im u.a. Einkommenssteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz werden technische Korrekturen vorgenommen.

Wohnbauförderungsbeitragsgesetz 2018 [\(1770 d.B.\)](#)

Mit dem Finanzausgleich 2017 wurde vereinbart, den Wohnbauförderungsbeitrag ab 1.1.2018 zu einer ausschließlichen Landesabgabe, mit Autonomie der Länder betreffend des Tarifs zu machen. Der Bundesgesetzgeber hat die Gesetzgebungskompetenz; den Tarif bestimmen die Länder ohne Vorgabe. Der Antrag legt die Verteilungsschlüssel für 2017 fest und schafft die gesetzliche Grundlage für den jährlichen Solidarbeitrag der Länder zu den Heimopferrenten über 1 Mio. Euro.

Bericht des Eurofighter-Untersuchungsausschusses [\(1771 d.B.\)](#)

Der Untersuchungsausschuss zum Eurofighter-Kauf befragte in 17 Sitzungen 85 Stunden lang 25 Auskunftspersonen zu einem Themenkomplex, der die Staatsanwaltschaft derzeit in 5 verschiedenen Verfahren mit insgesamt 33 Beschuldigten beschäftigt. Der Verfahrensrichter übt in seinem Bericht scharfe Kritik an EADS/Airbus. Für die SPÖ steht fest, dass sich der Kauf der Abfangjäger durch Schwarz-Blau bis zum heutigen Tage nachteilig für die Republik auswirkt und die Verhandlungsposition von Norbert Darabos bei den Vergleichsverhandlungen nachhaltig schwächte.

Das Verhalten von EADS vor der Typenentscheidung, insbesondere die

Auswahl kleiner unbekannter, aber in Nahebeziehung zu politischen Entscheidungsträgern stehenden Agenturen, und die Bezahlung hoher, nicht nachvollziehbarer Provisionen und Erfolgshonorare legt die Vermutung unrechtmäßiger Verwendung dieser Gelder nahe. Die Frage ist in Strafverfahren zu klären.

Aus SPÖ-Sicht waren die Gegengeschäfte die Eintrittsschleuse für Korruption und für betrügerische Handlungen an der Republik. Um die Gegengeschäfte entstand ein international agierendes Netzwerk, das durch Briefkastenfirmen Millionenbeträge unter dem Titel "Provisionen" verschob. Ebendieses Netzwerk beschäftigt die Staatsanwaltschaften europaweit auch heute noch.

Der damalige Verteidigungsminister Norbert Darabos versuchte aus dem Eurofighter-Deal auszusteigen. Dies erwies sich rechtlich als nicht möglich, es blieb also nur ein Vergleich. Der Rechnungshof, der den Vergleich sehr kritisch beurteilt hat, stellte in seiner ex-post Prüfung eine durch den Vergleich erwirkte Nettoersparnis in Höhe von 250 Mio. Euro fest. Ein Fazit des Untersuchungsausschusses: Gegengeschäfte und Lobbying sollen bei künftigen Beschaffungen der Republik außen vor gelassen werden und einheitliche rechtliche Mindeststandards für künftige vertragliche Beziehungen entwickelt werden.

Nationalfonds der Republik [\(1772 d.B\)](#)

Ein von allen sechs Parlamentsfraktionen gemeinsam vorgelegter Gesetzesantrag sieht eine Erweiterung der Aufgaben des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus vor. Insbesondere geht es um die Betreuung der neugestalteten österreichischen Dauerausstellung im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, die voraussichtlich Ende 2018 eröffnet wird.

Zukunftsfonds-Gesetz [\(1773 d.B.\)](#)

Die Finanzierung des Zukunftsfonds der Republik Österreich wird für weitere fünf Jahre sichergestellt. Beginnend mit 2018 sollen jährlich 2 Mio. Euro bereitgestellt werden. Der Fonds war im Jahr 2005 eingerichtet und einmalig mit 20 Mio. Euro dotiert worden. Vorrangiger Zweck ist es, Toleranz und die Achtung der Menschenrechte zu fördern, wobei nicht nur einschlägige Projekte, sondern auch wissenschaftliche Arbeiten unterstützt werden können. Dabei geht es auch um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Erforschung des während der NS-Herrschaft in Österreich geschehenen Unrechts.

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1702 d.B.)

Die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten enthält einen Katalog von Grundrechten und Menschenrechten, über deren Umsetzung der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg wacht.

Mit dem vorliegenden Protokoll wird aufgrund der hohen Zahl der beim EGMR eingebrachten Beschwerden und des großen Rückstaus an anhängigen Verfahren die Effizienz des Gerichtshofs weiter gesteigert. Klargestellt wird u.a., dass der EGMR erst angerufen werden kann, wenn eine Beschwerde auf nationaler Ebene erfolglos durchgefochten wurde.

Forschungs- und Technologiebericht 2017 (1676 d.B.)

Diskutiert wurde von den Abgeordneten der aktuelle Bericht zum Stand von Forschung und Technologie in Österreich. Gemäß der aktuellen Schätzung der Statistik Austria werden die gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) im Jahr 2017 voraussichtlich 11,33 Mrd. Euro betragen. Dies würde einen Anstieg im Vergleich zum Jahr 2016 um 419,3 Mio. bzw. 3,8 Prozent bedeuten und damit einen leichten Anstieg der geschätzten F&E-Quote (Bruttoinlandsausgaben für F&E im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) um 0,02 Prozentpunkte auf 3,14 Prozent. Hinsichtlich der Umsetzung der Breitband-Milliarde, auf die die SPÖ immer gedrängt hat, stellt der Bericht ein gutes Zeugnis aus. Wichtig ist der SPÖ auch der Ausbau von 5G. Die 5G-Strategie ist seit Anfang Juli fertig und baut auf der Breitbandstrategie des BMVIT auf. Die SPÖ kritisiert die Verzögerungen, zu denen es aufgrund politischer Spielchen kommt. Zum Thema "Silicon Austria": Das Innovations- und Verkehrsministerium hat mit den Bundesländern Steiermark, OÖ und Kärnten ein Mikroelektronik-Forschungszentrum auf Welt-Niveau etabliert: Es geht um 280 Mio. Euro und 500 Hi-Tech-Arbeitsplätze. Der Bund investiert 70 Mio. Euro, die Bundesländer verdoppeln das. Die Industrie verdoppelt den öffentlichen Anteil noch einmal. Ziel ist, die Mikroelektronik-Industrie an Weltklassenniveau heranzuführen.